

Antikrisenproteste

Europaweit solidarisch gegen die Spardiktate

Die schlimmste Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft seit 1929 geht in ihr fünftes Jahr, und es ist kein Ende abzusehen. IWF-Chefin Christine Lagarde befürchtet ein «verlorenes Jahrzehnt.»

Zwar konnte durch milliarden-schwere Rettungspakete und Konjunkturprogramme der Zusammenbruch des Bankensystems abgewehrt und sogar eine zwischenzeitliche wirtschaftliche Erholung mit erneuten fabelhaften Gewinnen für die Konzerne erreicht werden. Aber mit Folgen: Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte stieg in praktisch allen industrialisierten Länder deutlich an.

Die Weltwirtschaftskrise hat ihre Form verändert und ihr Zentrum verlagert. Hatten wir 2008 eine Bankenkrise, haben wir seit 2010 eine «Schuldenkrise», ihr Epizentrum ist Europa bzw. die Eurozone. Dafür verantwortlich ist aber nicht der mangelnde Sparwille der Länder der europäischen Peripherie, sondern eine Europäische Union, die ihre Mitgliedstaaten in Konkurrenz um die niedrigsten Löhne und Sozialausgaben treibt.

Bislang war der Vize-Exportweltmeister Deutschland Hauptprofiteur der Krise. Zehn Jahre Reallohnsenkungen, vorwiegend infor-

ge der Hartz-Gesetze, und eine enorme Ausweitung des Niedriglohnssektors waren der Preis dafür, dass Deutschland nach der Einführung des Euro 2002 zulasten anderer europäischer Länder seine Exporterfolge ausweiten und die vorhandene ökonomische Vormachtstellung in bisher nicht gekannte politische Dominanz umsetzen konnte.

Nun verordnet die Bundesregierung in der Pose des alles besser wissenden Schulmeisters den Ländern der europäischen Peripherie rigide Kaputtspargprogramme als Rezept gegen die Krise. Die Lage der Menschen und der Volkswirtschaften in diesen Ländern bessert sich dadurch keineswegs – im Gegenteil, die ökonomische Talfahrt und der soziale Absturz werden eher beschleunigt.

Nun sieht es aber ganz danach aus, dass die Folgen dieser Art Krisenpolitik auf den Schulmeister selbst zurückfallen. Die lahrende Konjunktur in den großen Ländern der Eurozone ist schlecht für den deutschen Export: Die Nachfrage nach deutschen Autos, Maschinen oder Chemieprodukten sinkt. Im letzten Quartal brachen die deutschen Exporte in diese Länder ein und mit ihnen das Wirtschaftswachstum in Deutschland. Das Ende des deutschen Job-Booms steht bevor.

Die Bewältigung des bevorstehenden Kriseneinbruchs wird sich von allem unterscheiden, was bislang Krisenpolitik in der Bundesrepublik war. Denn die drakonischen Regeln des Fiskalpakts, den Merkel und Schäuble um jeden Preis durchgesetzt haben, gelten auch für Deutschland – und er nimmt Bund, Ländern und Gemeinden jeglichen haushaltspolitischen Gestaltungsraum. Darüber, was der Steuerzahler mit den von ihm erbrachten Steuereinnahmen tun darf, befinden in Zukunft in letzter Instanz EU-Kommission, Europäischer Rat und EZB. *Der Fiskalpakt ist das Ermächtigungsgesetz des 21. Jahrhunderts.*

Wie verheerend die Folgen von Merkels Politik für die Menschen sind, lässt sich am Beispiel Griechenland ablesen. Mehr als ein Viertel der Griechen ist unter die Armutsgrenze gerutscht, die Obdachlosigkeit steigt in astronomische Höhen, das Gesundheitssystem bricht zusammen, und längst überwunden geglaubte Krankheiten wie Tuberkulose und Malaria breiten sich wieder aus. Die Selbstmordzahlen sind dramatisch in die Höhe geschossen. Viele junge, gerade die gut ausgebildeten, Griechen (übrigens auch Portugiesen!) sehen sich wieder gezwungen auszuwandern. Wenn sie aber hierher



nach Deutschland kommen, das für ihre Misere (mit)verantwortlich ist, und sie finden nicht sofort einen Job, wird ihnen die Sozialhilfe verweigert.

All dies geschieht, um das «Vertrauen der Märkte» zurückzugewinnen. Hinter dem Anonymus «Märkte» aber verbergen sich Täter mit Gesichtern und Namen. Es sind dies die großen Player im internationalen Finanzcasino – also jene Institutionen, die die Karre in den Dreck gefahren haben.

Die Krisenpolitik à la Merkel und Sarkozy hat kein einziges der Probleme gelöst, die durch den Bankencrash 2008 ans Tageslicht gekommen sind: Bis heute wurde das Finanzsystem nicht an die Leine gelegt, dafür wurden den Banken über eine Billion Euro an öffentlichen Geldern in den Rachen geschoben, die sie horteten oder dazu verwenden, spekulativ die Nahrungsmittel-, Rohstoff- oder Immobilienpreise hochzutreiben.

Das Casino dreht sich eine Runde weiter, der Tanz auf dem Vulkan wird immer irrer, der Absturz ist unvermeidlich, und je länger das so geht, desto tiefer werden wir fallen.

Wäre es nur persönliches Fehlverhalten, «Gier», wie so gerne gesagt wird, wäre dies leicht zu korri-

gieren gewesen. Der Grundsatz aber, dass die großen Kapitalbesitzer «systemrelevant» und deshalb zu schonen sind, während die lohnabhängige Mehrheit im Zweifelsfall der «überflüssigen» Bevölkerung zugeschlagen wird, gehört zum ehernen Grundgesetz des kapitalistischen Wirtschaftssystems, bei dem sich alles um den Profit und nichts um die Bedürfnisse dreht.

Es braucht auch in Deutschland viele Menschen, die wie in Griechenland, Spanien und Portugal aufstehen und den Mut haben, dazwischenzugehen und das Rad anzuhalten. Nicht Frau Merkel, nicht Herr Steinbrück, nicht der Exporterfolg der deutschen Wirtschaft, nicht die Parlamente werden uns retten, die keine Gelegenheit auslassen, sich selbst zu entmachten: **Wir selber müssen mit Massennaktionen aller Art diesen Wahnsinn stoppen und die Weichen für eine solidarische Zukunft stellen.**

Das werden wir umso eher erreichen, je stärker wir uns mit den Kämpfen in Griechenland, Spanien, Italien, Portugal, Irland – wer weiß, vielleicht morgen auch Frankreich? – praktisch verbünden. **Damit fangen wir Mitte Mai an: in Frankfurt am Main, vor der EZB.**

BRD: Zahlmeister oder Absahner?

In völliger Verkennung der Wirklichkeit jammern Bosbach, Seehofer und ihresgleichen aus Union und FDP oder ultraliberale Ökonomen wie Ifo-Chef Hans-Werner Sinn mal wieder, Deutschland sei der Zahlmeister Europas. Das Gegenteil ist richtig, Deutschland hat in dieser Krise ordentlich abgesehen.

Die EU und die Einführung des Euro haben sich für die bundesdeutsche Industrie und für den deutschen Staat als äußerst einträglich erwiesen. Vor der Einführung des Euro konnten sich andere Länder vor der Dampfwalze der deutschen Exporte durch Abwertung schützen und dadurch ihre geringere Konkurrenzfähigkeit ansatzweise ausgleichen. Seit aber der «freie und unbeschränkte Wettbewerb» die Seele der EU-Verträge und des EU-Binnenmarkts ist, wird die europäische Konkurrenz gnadenlos niedergewalzt, deut-

sche Waren, Produktionsstätten, Handelsketten und Banken machen sich in anderen Ländern Europas breit wie in Ostdeutschland nach dem Fall der Mauer, und die einheimischen Ökonomien bleiben auf der Strecke. In den 10 Jahren der Euro-Existenz sind die deutschen Exporte in die Euro-Länder um 48% gestiegen.

Auch der gigantische Außenhandelsüberschuss entsteht vor allem im Handel in der EU. Die Europäische Union nimmt gut zwei Drittel der deutschen Exporte auf. Obwohl «nur» 40% der Exporte der Bundesrepublik Deutschland in die Eurozone gehen, erwirtschaften deutsche Konzerne hier nahezu zwei Drittel der Außenhandelsüberschüsse.

Eine Studie der staatseigenen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ergibt: Der Euro verschafft der BRD jährlich einen Wohlstandsgewinn von bis zu 30 Milli-

arden Euro. Um diesen Betrag würde die wirtschaftliche Leistung weniger steigen, wenn wir die D-Mark noch hätten. Käme sie wieder, wäre es mit dem Exportboom vorbei. Die D-Mark stünde dann unter hohem Aufwertungsdruck, deutsche Waren wären im Ausland teurer.

Was das für Folgen hat, zeigt das Beispiel des Schweizer Franken. Als vor einiger Zeit sein Kurs deutlich stieg, gingen die Exporte der Schweiz in den Keller. Mit viel Geld versucht seitdem die Schweizer Notenbank, den Kurs des Franken zu halten.

Die hohen Exporte haben die Wirtschaft vorübergehend aus der Talsohle geführt und bescheren deutschen Staatsanleihen im Vergleich zu anderen Euroländern sehr niedrige Zinssätze. Dem Finanzminister spült das Geld in die Kasse: Durch die gesunkenen Zinssätze hat er bei den neuen Anleihen 45 Mrd. Euro Zinsen gespart.

Nachrichten aus dem Irrenhaus

Kein Geld für die Rente – aber für Panzer

Griechenland ist traditionell der beste Kunde deutscher Waffenschmieden. Gut 4% des griechischen Bruttoinlandsprodukts gehen für Militärausgaben drauf, andere EU-Staaten begnügen sich mit 1–1,5%. Zusammen mit den USA ist die BRD der Hauptlieferant für das griechische Militär. Zwischen 2005 und 2010 machten die Bestellungen aus Athen 15% der deutschen Rüstungsexporte aus. Anfang Februar 2010, als die griechische Finanzmisere bereits voll ausgebrochen war, forderte Außenminister Westerwelle von den Griechen, endlich den Vertrag über die seit langem besprochene Lieferung von 60 Eurofighter zu unterschreiben. Anfang November 2011 sollen Angela Merkel und Nicolas Sarkozy beim Krisentreffen in Cannes den griechischen Ministerpräsidenten Giorgos Papandreu gedrängt haben, als Gegenleistung für weitere Hilfskredite an beide Länder Rüstungsaufträge zu vergeben. (Quelle: *Tagesspiegel*, 16. 1. 2012.)

Die Deutsche Bank und die Totenwette

Die Deutsche Bank betreibt einen makabren Fonds: Bei «Kompass Life 3» können Anleger auf die Lebenserwartung von Menschen wetten: Dessen Rendite fällt für die Anleger umso höher aus, je früher Menschen sterben. Das ging selbst der Ombudsstelle des Bundesverbands deutscher Banken zu weit. Sie warf dem Branchenprimus vor, mit einem Finanzprodukt um Anleger gebuhlt zu haben, das «mit der Unantastbarkeit der menschlichen Würde ... kaum in Einklang zu bringen» sei. Die Deutsche Bank hat den Anlegern nun angeboten, ihr Geld vorzeitig aus dem Fonds abziehen. (Quelle: *Frankfurter Rundschau*, 6. 2. 2012.)

Wohin mit dem Geld?

In 2011 – die Krise ist lange nicht vorbei – haben einige Dax-Konzerne die höchsten Gewinne der Nachkriegszeit eingefahren. Die Schatzkassen von Siemens, VW & Co. drohen angesichts des Milliardensegens fast zu platzen. Denn die Konzerne horten die gewaltigen Gewinne lieber, als sie in Zukäufe oder neue Produkte zu investieren. (Quelle: *Welt-Online*, 20. 7. 2011.)

Griechische Armut auf Deutsch

Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) hat durchgerechnet, wie sich das griechische Sparpaket in Deutschland anfühlen würde: In den nächsten fünf Jahren wären Haushaltskürzungen in Höhe von rund 500 Mrd. Euro fällig. Im öffentlichen Dienst würden im selben Zeitraum 460 000 Stellen gestrichen. Das Monatsgehalt eines Angestellten im öffentlichen Dienst würde von bisher 3250 Euro auf 2760 Euro schrumpfen. Seine Krankenversicherung würde dafür um 530 Euro pro Jahr teurer. Die Mehrwertsteuer stiege von 19% auf 22%, die Steuern auf Alkohol, Benzin und Zigaretten stiegen um 33%. (Quelle: *Cicero*, 26. 2. 2012.)

Rezepte des Hungers

Die griechische Historikerin Eleni Nikolaidou hat Rezepte aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs gesammelt. Ihr Buch «Die Rezepte des Hungers» soll ihren notleidenden Landsleuten Ideen für preiswerte und einfachste Gerichte liefern. Das Buch entwickelt sich momentan zum Bestseller. Die vorgestellten Rezepte stammen überwiegend aus der Zeit der Besetzung Griechenlands durch die Deutschen. Im Winter 1941/42 verhungerten und erfroren in Griechenland 300 000 Menschen, weil die deutschen Besatzer Brennstoffe und Lebensmittel beschlagnahmten. Damals kursierten in den griechischen Zeitungen Tipps und Rezepte, die den hungernden Griechen das Überleben erleichtern sollten. Eleni Nikolaidou arbeitet als Lehrerin und kommt täglich mit kleinen Kindern zusammen: «Mehr und mehr meiner Schüler werden vor meinen Augen vor Hunger ohnmächtig.» (Quelle: *Der Westen*, 4. 3. 2012.)

Die Schulden des Staates sind die nicht bezahlten Steuern der Reichen

Vor einiger Zeit pflegten Eltern noch zu ihren Kindern zu sagen: «Ihr sollt es mal besser haben als wir.» Die Aussicht darauf war nicht aus der Luft gegriffen.

Schließlich sind die Realeinkommen der (meisten) Menschen nach dem Krieg bis in die 70er Jahre stetig gestiegen. Seit der neoliberalen Wende Ende der 70er Jahre hat sich der Trend umgekehrt. In den USA wurde die Trendwende von Ronald Reagan herbeigeführt. Seither sinken dort die Masseneinkommen. Allein seit Beginn der letzten Rezession 2007

heruntergesetzt wurden. Während der Anteil am Volkseinkommen aus Unternehmensgewinnen und Zinseinkünften seit 2000 um 11% gestiegen ist, ist der Anteil der Löhne am Volkseinkommen um 11% gesunken – so stark wie in keinem anderen europäischen Land.

Deutschland ist zum «Mutterland der Ungleichheit» geworden. Obwohl die Wirtschaft seit 2000 deutlich gewachsen ist, sind die Nettoeinkommen der abhängig Beschäftigten im Durchschnitt um 2,5% zurückgegangen – bei den untersten Lohngruppen betrug der Rückgang sogar 10–22%. Jür-

und Dienstleistungen, ist im letzten Jahrzehnt weiter gestiegen.

Wo ist er denn hin gegangen, der Reichtum? Zu den Reichen. Der zunehmenden Verarmung der Mehrheit der Bevölkerung in den meisten Industrieländern steht die starke Anhäufung von Reichtum bei einer kleinen Minderheit gegenüber. Die rund 5000 Haushalte mit dem höchsten Einkommen in der BRD konnten seit Mitte der 90er Jahre ihren Anteil am Gesamteinkommen um rund 50% steigern.

Die Zahl der Geldvermögensmillionäre hat sich gegenüber 1999



Armut auf den Straßen von Athen. Die Behörden registrierten 2011 eine Zunahme der Obdachlosigkeit um 20%

haben Amerikaner fast ein Zehntel ihres Haushaltseinkommens verloren. So erreicht die Armut in den USA ständig neue Rekordwerte: Jeder sechste Amerikaner lebt mittlerweile in Armut. Eine wachsende Mehrzahl der Menschen geht nun davon aus, dass es ihren Kindern künftig schlechter gehen wird als ihnen selbst.

★

Diese Entwicklung gibt es nicht nur in den USA. In allen 34 OECD-Ländern – das sind die Länder mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen auf der Welt – herrscht heute mehr Ungleichheit als vor 10 Jahren. In keinem Land aber haben sich Armut und soziale Ungleichheit so schnell ausgebreitet wie in der BRD.

Die Trendwende kam mit der rot-grünen Koalition. Auf der einen Seite hat die Regierung Schröder die Steuern für Unternehmen und Reiche deutlich gesenkt, auf der anderen Seite wurden die Hartz-Gesetze eingeführt, die das Lebensniveau für Arbeitslose drastisch herabgesetzt und die Einführung eines Niedriglohnssektors erlaubt haben, womit auch die Einkommen der Lohnabhängigen

gen Stark, ehemals Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank (EZB), nennt das «Wohlstandsdelin».

Die Sparmaßnahmen, die im Zuge der Bewältigung der Euro-Schuldenkrise von der Troika aus EU, EZB und IWF gegen die Länder Südeuropas verhängt wurden, geben diesem Verarmungsprozess einen zusätzlichen Schub und eine neue Qualität.

In Griechenland nimmt die Verelendung Ausmaße an, die wir eher in der Dritten Welt vermuten würden. In Portugal, Irland und Spanien wurden vor allem die Einkommen und Arbeitsplätze der Beschäftigten im öffentlichen Dienst massiv angegriffen.

Damit einher gehen jetzt auch direkte Angriffe auf die gewerkschaftlichen Rechte und gesetzlichen Errungenschaften der Arbeiterbewegung. Inzwischen ist der Frontalangriff auf den Flächentarifvertrag auch in Deutschland angekommen.

★

Das alles passiert vor dem Hintergrund steigender Produktivität. Der gesellschaftliche Reichtum, die Menge an produzierten Gütern

fast verdreifacht: von 365 000 auf 924 000. Das private Geldvermögen ist seit 2000 um 39% auf die schwindelerregende Summe von 4880 Mrd. Euro gestiegen.

★

Während die Millionäre in Deutschland auf 2,6 Billionen Euro sitzen, beliefen sich die öffentlichen Schulden 2010 auf 1,7 Billionen Euro. Die diversen Steuersenkungspakete seit 1998 haben den deutschen Fiskus bis 2011 um fast 400 Mrd. Euro ärmer gemacht. Etwa 50 Mrd. Euro wären jährlich mehr in der Staatskasse, wenn die Unternehmensteuern und die Spitzensätze der Einkommensteuer wieder auf das Niveau der Ära Kohl gebracht würden.

Warren Buffet, US-amerikanischer Multimilliardär, umschrieb die Entwicklung der letzten 20 Jahre wie folgt: «Es herrscht Klassenkampf, meine Klasse gewinnt. Aber das sollte sie nicht.»

Wo er Recht hat, hat er Recht, der Herr Buffet. Aber es gibt nichts Gutes, außer man tut es. Geld ist genug da. Bescheidenheit ist fehl am Platz. Es ist höchste Zeit für Klassenkampf – von unten. ★

Das meint die is/

Eine andere Welt ist nötig – Sozialismus ist möglich

Der real existierende Kapitalismus des 21. Jahrhunderts zeichnet sich durch immer brutaleren Rücksichtslosigkeit gegenüber den sozialen Bedürfnissen der Mehrheit der Gesellschaft aus.

Nostalgische Träumereien von der Wiedergeburt eines dem sozialen Ausgleich verpflichteten «rheinischen» Kapitalismus sind ebenso weltfremd wie die Hoffnung auf einen von ökologischer Vernunft geleiteten Kapitalismus. Es ist höchste Zeit, mit der kapitalistischen Logik zu brechen und die Frage einer sozial gerechten, grundlegend demokratischen und ökologisch verträglichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auf die Tagesordnung zu setzen.

★
Gemeinsamer Ausgangspunkt einer linken Alternative in Kern- und Peripherieländern könnte eine andere Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums sein. Denn eine radikale Umverteilung von oben nach unten durch stärkere Besteuerung von Unternehmen und Finanzkapital, von Einkommen und Vermögen der Reichen und von Finanztransaktionen ist dringend erforderlich – aus vielen Gründen, aber allein schon deswegen, um die überschüssigen Geldmassen, mit denen nur spekuliert wird, abzusaugen. Hinzu kommen muss die energische Bekämpfung der Steuerhinterziehung, die der Allgemeinheit beträchtliche Mittel raubt.

★
Für jede Umgestaltung der Gesellschaft im Interesse der großen Mehrheit hat der Finanzsektor zentrale Bedeutung. Die großen Banken und Finanzinstitute müssen der privaten Verfügungsgewalt entzogen und unter öffentliche Kontrolle gestellt werden – entschädigungslos. Banken und Versicherungen müssen – ähnlich den Regelungen in vielen Sparkassengesetzen – auf ein gemeinnütziges Geschäftsmodell verpflichtet wer-

den. Dazu gehört die Schließung aller Zockerabteilungen und ein grundsätzliches Verbot von Spekulationsgeschäften. Der Finanzsektor wird radikal schrumpfen müssen, um seiner eigentlichen Aufgabe, der Finanzierung gesellschaftlich nützlicher Tätigkeiten, nachzukommen.

★
Die Wiederaneignung der Reichtümer einer immer kleineren, begüterten Minderheit und der enormen Finanzmittel der Banken eröffnet uns die Möglichkeit, Umfang und Qualität der öffentlichen Dienstleistungen deutlich zu erweitern und zu verbessern: das Geld gehört in die Bildung, die Kinderbetreuung, den sozialen Wohnungsbau, die Gesundheitsversorgung und in kommunale Dienstleistungen.

Im Gegensatz zum heutigen Kapitalismus, der auf immer unsinnigere Weise Konsumgüter von geringer Haltbarkeit, oft schlechter Qualität und zweifelhaftem Nutzen aufhäuft, nur um privaten Profit zu machen, soll die von uns angestrebte soziale und rätedemokratische Gesellschaft nach ökologischen Maßstäben handeln und mit dem Produktivismus brechen. Nicht mehr, sondern besser heißt das Gebot der Stunde.

Wenn alle Menschen auf der Erde die Chance auf ein gedeihliches Auskommen haben sollen, ist ein ökologischer Umbau zentraler Sektoren der Gesellschaft unerlässlich. Die Milliarden, die momentan auf globalisierten Finanzmärkten auf der Jagd nach Höchstrenditen herumvagabundieren, werden dringend für Strukturprogramme zur Förderung erneuerbarer Energien, für Wärmedämmung in privaten und öffentlichen Gebäuden und für den Umbau des Verkehrssektors weg von der Auto-gesellschaft hin zu einem flächendeckenden und jederzeit verfügbaren öffentlichen Verkehr benötigt. Dafür müssen Post und Telekommunikation, Energie und Verkehr wieder Betriebe in öffentli-

cher Hand und unter öffentlicher Kontrolle werden.

★
Der zu schaffende öffentliche Sektor muss sich grundlegend unterscheiden von den öffentlich-rechtlichen Betrieben, die wir kennen, mit ihren hierarchischen Strukturen, entmündigten Beschäftigten und ihrer Abschottung gegenüber den Bedürfnissen der Gesellschaft. Öffentliche Betriebe sollten der Kontrolle der Belegschaften unterstellt und von ihnen selbst verwaltet werden.

In ihren Verwaltungsgremien sollten neben den Beschäftigten auch Vertreter von Verbraucherorganisationen, Sozialverbänden, Umweltinitiativen und der lokalen Bevölkerung sitzen, die darauf achten, dass die Anliegen der Region, der Verbraucher oder des Umweltschutzes berücksichtigt und die Gelder nicht für private Interessen zweckentfremdet werden. Damit wird auch der Verselbständigung betriebsegoistischer Interessen entgegengewirkt. Die Demokratie wird nicht länger am Fabrikort enden.

Weil das, was in den Fabriken und Dienstleistungsbetrieben produziert wird, weitgehende Folgen für die Gesellschaft hat, wird die Gesellschaft durch erweiterte demokratische Mitwirkungsrechte auf regionaler und bundesweiter Ebene wie Volksbegehren oder Volksabstimmungen auch Einfluss nehmen können auf das, was, wie, wo und unter welchen Bedingungen produziert wird.

★
Eine solche demokratisch strukturierte, der sozialen Produktion und der ökologischen Verträglichkeit verpflichtete Produktionsweise, hat mit Kapitalismus, seiner profitgetriebenen Irrationalität, seinen undemokratischen Strukturen, seiner

sozialen Brutalität und seiner Ignoranz gegenüber ökologischen Problemen ebenso wenig gemein wie mit den autoritären Kommandowirtschaften des untergegangenen «realen Sozialismus» à la Sowjetunion und DDR. Wohl wissend, dass Begrifflichkeiten und Schubladen oft das Denken und die Kreativität hemmen, nennen wir das den «Sozialismus des 21. Jahrhunderts» oder Ökosozialismus.

★
Natürlich werden all unsere Versuche, den für die reiche Minderheit profitablen Status quo zu ändern, heftigsten Widerstand der Geld- und Machteliten hervorrufen. Entscheidend ist, welche Kräfte wir zur Durchsetzung unserer Vorstellungen in Bewegung setzen können. Nur massive soziale Auseinandersetzungen (Massendemonstrationen, Streiks, Blockaden, Betriebsbesetzungen in großem Stil – das, was man früher «altmodisch» Klassenkampf nannte) eröffnen eine Aussicht auf Erfolg.

Das Beispiel Griechenland zeigt, dass es nicht einmal reicht, wenn die Menschen isoliert in einem «kleinen» Land kämpfen. Der Kampf muss europaweit, vor allem auch im Herz der Bestie, im Land der Hegemonialmacht BRD stattfinden.



ESM & Fiskalpakt: ein Ermächtigungsgesetz

Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM), mit dem sich derzeit der Bundestag befasst, soll dazu dienen, «Staatspleiten» in der Eurozone aufgrund der Überschuldung von Staatshaushalten einzelner Mitgliedstaaten und deren negative Folgen für die Gemeinschaftswährung abzuwenden. Tatsächlich ist es ein Ermächtigungsgesetz, das die Haushaltssouveränität der Parlamente in kritischen Situationen aufhebt.

Überschuldete Mitgliedstaaten bekommen zinsgünstige Kredite und Bürgschaften nur, wenn sie bestimmte Auflagen erfüllen. Diese Auflagen sind um Längen härter als die berechtigten Struktur Anpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds (IWF).

Den ESM muss man sich vorstellen wie einen Europäischen Währungsfonds. In seinem Gouverneursrat sitzen die Finanzminister der unterzeichneten Staaten

(bislang alle EU-Staaten außer Großbritannien und der Tschechischen Republik). Eigentum, Finanzmittel und Vermögenswerte des ESM genießen umfassende gerichtliche Immunität, d. h. sie können nie belangt werden für das, was sie anrichten. Gegen sie kann es keinen Durchsuchungsbefehl, keine Beschlagnahme oder Zwangsvollstreckung durch Regierungsbeschluss oder auf dem Gesetzeswege geben. Sie sind von allen Kontrollen und Vorschriften befreit. Der ESM unterliegt auch keiner Bankenaufsicht und keiner Regulierungsbehörde.

Alle Personen, die für den ESM arbeiten, unterliegen der Geheimhaltungspflicht. Die Öffentlichkeit wird also nie erfahren, was die Finanzminister untereinander vereinbart haben. Das Personal des ESM genießt auch Immunität vor den Gerichten.

Mit dem ESM wird somit ein Ge-

heimkabinetts installiert, das über Recht und Gesetz steht, keinerlei Kontrolle unterliegt und nicht zur Rechenschaft gezogen werden kann.

Der ESM ist berechtigt, das Vermögen der Bürger zu plündern: Er kann nämlich jederzeit innerhalb von 7 Tagen von den Mitgliedstaaten die fälligen Einlagen und Garantien einfordern.

★
Die Brisanz des ESM muss in seinem Zusammenhang mit dem EU-Fiskalpakt gesehen werden. Der Fiskalpakt fordert die Einführung der Schuldenbremse in allen Verfassungen der Mitgliedstaaten (wer sie nicht einführt, kann vor dem Europäischen Gerichtshof verklagt werden). Er regelt, welche Sanktionen und Beschränkungen einem EU-Staat auferlegt werden, wenn dieser die geforderte Haushaltsdisziplin nicht einhält: das Instrumentarium reicht von auto-

matischen Sanktionen (Strafgelder) für Haushaltssünder bis zur Überwachung des Haushaltsplans durch die EU-Kommission und den Europäischen Rat. Das jährliche strukturelle Defizit darf nicht höher als 0,5% des nominalen Bruttoinlandsprodukts sein, in Streitfällen entscheidet der Europäische Gerichtshof.

Der ESM darf nur von Ländern in Anspruch genommen werden, die den Fiskalpakt einhalten.

ESM und Fiskalpakt stellen elementare politische und soziale Rechte in Frage. Eine Zustimmung zu diesem Maßnahmenpaket würde die Identität des Grundgesetzes ändern. Deshalb fordern zahlreiche Personen einen Volksentscheid über ESM und Fiskalpakt. Ein Aufruf aus den Reihen der Gewerkschaften fordert eine europäische soziale Bürgerbewegung gegen diese desaströse Krisenpolitik.

is/ internationale sozialistische linke
Was wir wollen

★ Wir stehen für die Tradition eines undogmatischen, offenen Marxismus. Die internationale Arbeiterbewegung und andere Bewegungen, die sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung wenden, sind unser Bezugsrahmen.

★ Unserer Vorstellung von einer klassenlosen, von Ausbeutung und Unterdrückung freien Gesellschaft, die letztlich nur weltweit realisiert werden kann, liegt ein Konzept umfassender Selbsttätigkeit und Selbstorganisation von unten zugrunde. Die sozialistische Demokratie von morgen kann nicht durch die Stellvertreterpolitik von bürokratischen Apparaten und selbsternannten Menschheitsbeglückern Wirklichkeit werden. Im Kampf gegen Kapital und Ausbeuterstaaten, wenn er breit getragen wird, entstehen jene Organe einer alternativen Demokratie und umfassenden Selbstverwaltung, die berufen sind, an die Stelle des alten Staatsapparats zu treten.

★ Ein instrumentelles Verhältnis zu Menschen und Bewegungen lehnen wir ab. Aufbau der Organisation ist für uns Teil eines gemeinsamen Bewusstseinsbildungsprozesses in den Bewegungen, bei dem alle Beteiligten voneinander lernen. Sie muss die Selbstorganisation von unten fördern und darf nicht ihrerseits zum Hindernis für sie werden. Die Organisation soll ihren Mitgliedern politische Selbstentfaltung, theoretische Weiterbildung und die Teilnahme an strategischen und programmatischen Debatten ermöglichen.

Wir sind für einen konsequenten Internationalismus, der die Idee der Internationale wiederbelebt und sich den Aufbau sozialistischer Organisationen nur als zugleich landesbezogenen und internationalen Prozess vorstellen kann. Die is/ ist Teil der IV. Internationale.

★ Wir wollen gemeinsames Handeln und vorurteilslosen politischen Dialog mit allen anderen Teilen der antikapitalistischen Linken. Seit der weltgeschichtlichen Zäsur 1989/90 steht ein umfassender Neuformierungsprozess der Linken an. In einer möglichen neuen Kraft der Zukunft werden wahrscheinlich viele mitmachen, deren Ausgangspunkt kein revolutionär-marxistisches Selbstverständnis ist wie bei uns. Doch die Chance für gemeinsames Handeln liegt in der Radikalität konkreter politischer Zielsetzungen, weil solidarische Lösungen eine systemsprengende Dynamik entfalten, wenn sie von Massenbewegungen getragen werden.

Eine andere Finanzordnung ist möglich

Banken vergesellschaften!

Die Bankenkrise hat den deutschen Steuerzahler bis Ende 2010 39,5 Mrd. Euro gekostet. Die gesamten Risiken, die im Verlauf der kommenden 20 Jahre noch fällig werden könnten, werden auf etwa 800 Mrd. Euro geschätzt. Das wäre fast das Anderthalbfache der jährlichen Steuereinnahmen! Niemand weiß, was die in «Bad Banks» ausgelagerten Gift- oder Schrottpapiere mittelfristig noch wert sein und welche Verluste noch eintreten werden.

★

Die Auswirkungen der Finanzkrise auf die Bundesrepublik wurden durch die Besonderheiten des deutschen Bankensystems abgemildert: Traditionell besteht in Deutschland das sog. Drei-Säulen-Modell, wobei Sparkassen und Raiffeisenbanken eine wichtige Rolle bei der regionalen Kreditversorgung spielen.

Sogar der neoliberal ausgerichtete frühere Chef der Bundesbank, Axel Weber, der inzwischen die Leitung der Schweizer Zockerbank UBS übernommen hat, musste das anerkennen. Auf einer Rede bei der *Euro Finance Week* im November 2009 sagte er: «Vor allem die auf das regionale Kreditgeschäft fokussierten Aktivitäten der Sparkassen und Genossenschaftsbanken haben diese vor den Auswirkungen der Finanzkrise geschützt.»

Die verschiedenen Bundesregierungen und die EU-Kommission haben sich jedoch zwanzig Jahre lang intensiv um die Entfesselung der Finanzmärkte bemüht. Besonders die EU-Kommission unter Federführung des heutigen italieni-



«Rettet die Menschen» – nicht die Banken. Weltweit wird gegen die Bankenrettung protestiert – wie hier in New York

sehen Ministerpräsidenten Mario Monti hat für die Privatisierung der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute gekämpft, weil sie kein profitträchtiges Geschäftsmodell hätten. Die Großbanken standen schon bereit, die kleineren Institute zu schlucken. So meinte der damalige Aufsichtsratsvorsitzende der Deutschen Bank, Rolf-Ernst Breuer, im Herbst 2002: «Das Drei-Säulen-Modell hat keine Zukunft.»

Mittlerweile hat sich gezeigt, dass es die Zockerstrategie der Deutschen Bank und der anderen Privatbanken mit ihrem globalen Handel und den Verbriefungen von Krediten und Ausfallversicherungen ist, die keine Zukunft hat. Sogar Josef Ackermann musste zuletzt seine Renditeerwartungen von 25% auf 15% herunterschrauben.

★

Ein wesentliches Dogma des Neoliberalismus besteht in der Be-

hauptung, Märkte seien «effizient». Angesichts der weltweiten Vorherrschaft von etwa 500 multinationalen Konzernen und ihrer Macht kann man diese Behauptung mit Fug und Recht anzweifeln.

Eine Übertragung dieses Dogmas auf die Finanzmärkte ist jedoch völlig absurd. Auf Finanzmärkten wird mit Informationen über die Zukunft gehandelt. Über die Zukunft aber kann es keine verlässlichen Informationen, sondern nur mehr oder weniger begründete Mutmaßungen geben.

Auf den Finanzmärkten werden auch keine Güter für den Endverbraucher verkauft, sondern Vermögenstitel (Aktien, Zertifikate, Derivate), die man günstig einkaufen und teuer wieder verkaufen will. Diese Wetten auf die Zukunft sind für die Realwirtschaft im besten Falle wertlos, im schlimmsten Fall zerstörerisch!

Auf solchen Märkten ist es rational, Vermögenstitel nur deshalb zu kaufen, weil man davon ausgehen kann, dass viele andere das auch tun werden. Die Finanzmärkte folgen der Logik des Herdenverhaltens, denn dadurch lassen sich die höchsten Profite machen.

Doch früher oder später stürzt die Herde der Lemminge über die Klippe und richtet in der «Realwirtschaft» riesige Schäden an, wie wir gegenwärtig an den Beispielen Island, Irland, Portugal, Spanien, Italien oder Griechenland usw. sehen. Die Zeche zahlen dann die abhängig Beschäftigten, die Rentner und die Bezieherinnen von Sozialleistungen mit Lohnkürzungen und der Senkung der Sozialleistungen.

Da Geld kein Geld zeugt, müssen die Profite in der Realwirtschaft erarbeitet werden. Dort aber haben die Kapitaleigner das Dogma der hohen Renditen übernommen, die auf den Finanzmärkten zu erzielen sind – was die Belegschaften mit anhaltenden Reallohnverlusten und ständig steigendem Arbeitsdruck zu bezahlen haben.

★

In einer am Gemeinwohl orientierten Wirtschaft wäre es die Aufgabe der Banken, die Ersparnisse der Menschen einzusammeln und sie als Kredite an Firmen oder Einzelpersonen (etwa zum Wohnungsbau oder -kauf) zu vergeben. Alles, was darüber hinausgeht, wie Eigenkapitalgeschäfte, Devisenspekulationen, u.ä. hat mit dieser Funktion der Banken nichts mehr zu tun, sondern folgt nur dem Interesse, möglichst schnell möglichst hohe Gewinne zu machen,

ungeachtet der damit verbundenen Risiken.

★

Für uns ergibt sich daraus die Schlussfolgerung, dass die Privatbanken, vor allem die Deutsche Bank und die Commerzbank, in öffentliches Eigentum überführt werden und gemäß dem Grundauftrag der Banken umstrukturiert werden müssen! Es dürfen nur öffentlich-rechtliche und genossenschaftliche Banken, Versicherungen und Finanzinstitute akzeptiert werden, die sich am Gemeinwohl ausrichten haben.

Die Landesbanken müssen zu einer oder wenigen Banken deutscher Länder zusammengefasst, ihr Geschäftsmodell auf die Kreditversorgung der regionalen Wirtschaft beschränkt werden. Auslandsaktivitäten sind nur zu gestatten, wenn sie in direkter Beziehung zur Regionalentwicklung (z. B. Schiffbau) stehen.

Alle Formen von Finanztiteln, die nicht der Absicherung realwirtschaftlicher Prozesse dienen – das betrifft die meisten Formen von Derivaten –, sind zu verbieten. Alle Finanztransaktionen sind – wie normale Käufe und Verkäufe auch – zu besteuern!

Schließlich brauchen wir eine umfassende Demokratisierung des Finanzwesens: Nicht Politiker und Parteienvertreter, die in der Krise völlig versagt haben – man betrachte nur das Schicksal der meisten Landesbanken – dürfen in die Aufsichtsräte entsandt werden, sondern gewählte Räte aus den Kommunen, Verbraucherverbänden u.ä. ★

Maifestspiele

17.–19. Mai 2012, Frankfurt am Main, Bankenviertel

Maifestspiele – parallel zum G8-Gipfel und zum NATO-Gipfel, die beide zwischen dem 15. und dem 22. Mai in Chicago stattfinden

Beschluss der europäischen Aktionskonferenz am 24. und 25. 2. in Frankfurt am Main:

17. Mai: Besetzung der zentralen Anlagen und Plätze in Frankfurt

18. Mai: massenhafte Blockaden der EZB und anderer Banken, das Bankenviertel wird dicht gemacht

19. Mai: große europäische Demonstration

Der Widerstand richtet sich vor allem gegen die maßgeblich von der Bundesregierung vorangetriebenen Sparpakete, die die Troika aus Europäischer Zentralbank, EU-Kommission und Internationalem Währungsfonds Griechenland und anderen Ländern diktiert.

Tagesseminar der isl

16. Juni 2012, Köln

**Banken unter öffentliche Kontrolle
Linke Phrase oder realistische Alternative?**

Überall wird geschimpft und gejammert – über raffgierige Bankster, skrupellose Hedgefonds und Finanzmärkte, die verrückt spielen. Reformistische Kritiker wollen einzelne Aspekte reformieren, regulieren oder entflechten, das System als Ganzes unangetastet lassen.

Die radikale Linke fordert die Vergesellschaftung des Finanzsektors. «Unrealistisch», sagen die Reformer. «Das geht», sagen wir. *Wie das geht* ist Thema des Tagesseminars der *isl*.

Referenten: Paul Kleiser, München; Birger Scholz, Berlin

Zeit: 16. 12., 11–18 Uhr

Ort: Naturfreundehaus Köln-Kalk, Kapellenstr. 9a, Linie 1 und Linie 9, Kalk-Kapelle

Anmeldung über isl@islinke.de

isl
internationale sozialistische linke

internationale sozialistische linke (isl) Regentenstr. 57–59, 51063 Köln
isl@islinke.de · www.islinke.de · www.facebook.com/islinke.de

Berlin berlin@islinke.de **Bielefeld** bielefeld@islinke.de **Bremen** bremen@islinke.de
Dortmund dortmund@islinke.de **Düsseldorf** duesseldorf@islinke.de
Frankfurt am Main frankfurt@islinke.de **Hamburg** hamburg@islinke.de
Karlsruhe karlsruhe@islinke.de **Kassel** kassel@islinke.de **Köln** koeln@islinke.de
Marburg marburg@islinke.de **München** muenchen@islinke.de
Oldenburg i. O. oldenburg@islinke.de **Ruhrgebiet** ruhrgebiet@islinke.de
Schwäbisch Hall schwaebisch-hall@islinke.de **Stuttgart** stuttgart@islinke.de
Tübingen tuebingen@islinke.de

IMPRESSUM

Die FLUGSCHRIFTEN werden herausgegeben von der *internationalen sozialistischen linken* / IV. Internationale (*isl*) und erscheinen bei Bedarf.
Verantwortliche Redakteurin: Angela Klein
Satz/Layout: Hans-Günter Mull
Bestelladresse für Wiederverteilerinnen und Wiederverteiler (Lieferung gegen Versandkosten):
isl, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln
(02 21) 9 23 11 96 · isl@islinke.de

SoZ Sozialistische Zeitung

monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

Probeausgabe kostenlos

Probeabo (3 Ausgaben, keine automatische Verlängerung) gegen 10-Euro-Schein

SoZ-Verlag · Regentenstr. 57–59 · 51063 Köln

Fon (02 21) 9 23 11 96 · redaktion@soz-verlag.de · www.sozonline.de